



Die AfD radikalisiert sich

In aller Kürze:

- Extreme Radikalisierung seit Spaltung im Juli 2015
- AfD profitiert enorm von Flüchtlingskrise

Stark trotz Spaltung – die AfD nach dem Parteitag in Hannover

1. Vorbemerkung und Rückblick

Vor gerade einmal fünf Monaten durfte man der AfD den Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit prognostizieren. Diese Vorhersage wirkt heute wie aus einer anderen politischen Zeitrechnung. Die Prognose erscheint nicht zu gewagt, dass die AfD als rechte Protestpartei bei den Wahlen im kommenden Jahr in weitere Parlamente der Republik einziehen wird. Solange kein Gegenmittel gegen das Unbehagen gefunden ist, das einen Teil der deutschen Bevölkerung angesichts des anhaltenden Flüchtlingszustroms befällt, scheint der AfD die weitere Ausbreitung leicht gemacht.

Doch zunächst ein Blick zurück: Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde 2013 gegründet. Zu ihren Hochzeiten bis zur Spaltung im Juli 2015 hatte sie über 22.000 Mitglieder. Der Name „Alternative für Deutschland“ wurde vor dem Hintergrund der „Griechenland-Debatte“ bewusst als Kontrast zur Argumentation „there is no alternative“ gewählt. In ihrer Anfangszeit inszenierte sich die AfD als Partei des ökonomischen Expertentums und Sachverständs. Dafür stand insbesondere Parteigründer Bernd Lucke. Doch von Beginn an handelte es sich bei der AfD um ein Parteiprojekt mit klarer rechtspopulistischer Orientierung, verkörpert u.a. durch Frauke Petry (Sachsen) und Alexander Gauland (Brandenburg).

Während des Bundestagswahlkampfes 2013 arbeitete die Partei mit dem Slogan „Mut zur Wahrheit“. Damit gelang es ihr, politische Unzufriedenheit gegen das gesamte politische System (etablierte Parteien, man selbst geriert sich als Außen-seiter) und eine vermeintliche „Meinungsdiktatur“ der Medien, die dem Volk bewusst die Wahrheit

verschweigen und sich mit der Politik gemein machen würden, zu mobilisieren. Die AfD instrumentalisierte den Ruf „Wir sind das Volk“ als Ausdruck der Tatsache, dass sie den „wahren Volkswillen“ vertrete und nicht die „Volksverräter“ oder das „Lumpenpack“ aus den etablierten Parteien, die die AfD von Beginn an massiv kritisierte und beleidigte. Sie würden Politik gegen das eigene Volk machen – so eine häufig genutzte Argumentation. Dagegen stünde die AfD für Transparenz und "Mut zu Kontroversen". Frauke Petry nannte ihre Partei das "demokratische Rückgrat" des Landes: "Wir sind die rechtsstaatliche Avantgarde Deutschlands."

Zulauf erhielt die neue Partei unter anderem von Anhängern der Freiheit, den Pro-Parteien oder vom Bund freier Bürger, genauso aber auch von ehemaligen Parteimitgliedern der Republikaner. Die AfD stellte für diese Parteien schnell eine übermächtige Konkurrenz dar und konnte sie in der Wählergunst abhängen.

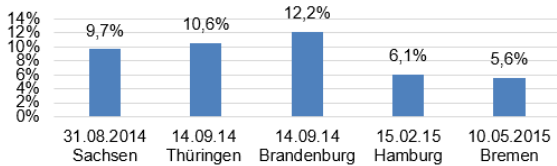
Die AfD verstand sich immer als eine Partei rechts von CDU/CSU und der FDP. Sie zeigte sowohl nationalliberale und nationalkonservative als auch rechtspopulistische Tendenzen. Bewusst suchten Parteifunktionäre die Nähe zu Netzwerken der neuen Rechten und Verbindung zu deren Verlautbarungsorgan „Junge Freiheit“.

Entstehung und Aufstieg der AfD standen im Kontext des Erstarkens der neuen Rechten in Europa. Schon etablierte und durchaus noch offensichtlich rechtsradikalere Parteien wie der Front National in Frankreich oder die Morgenröte in Griechenland und rechtspopulistische Neugründungen wie die wahren Finnen, die UKIP in Großbritannien oder

die Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo in Italien formierten einen neuen europakritischen und nationalistischen Block.

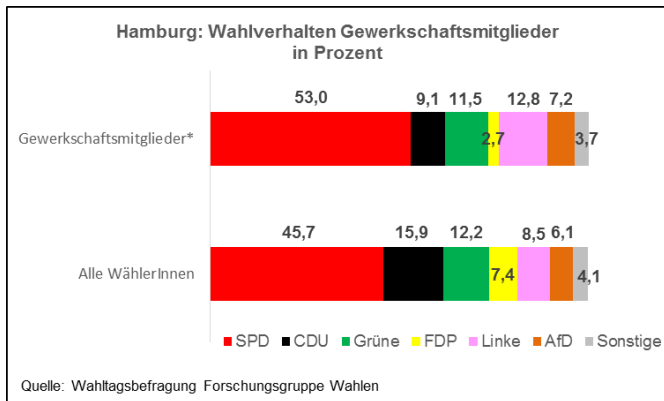
In den Jahren 2013 bis 2015 gelangen der AfD eine Reihe Wahlerfolge. Aktuell ist sie in den Landtagen von Bremen (5,6 Prozent), Brandenburg (12,2 Prozent), Hamburg (6,1 Prozent), Sachsen (9,7 Prozent) und Thüringen (10,6 Prozent) sowie im Europäischen Parlament (7,1 Prozent) vertreten.

Landtagswahlergebnisse der AfD 2014 und 2015

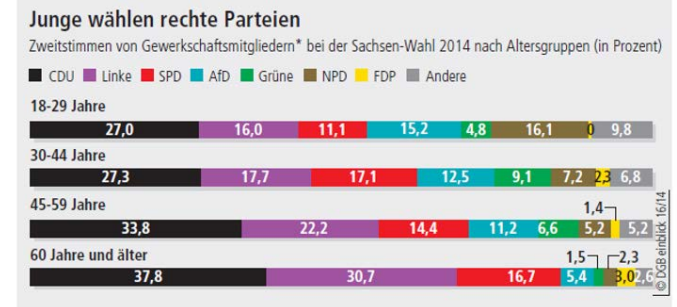
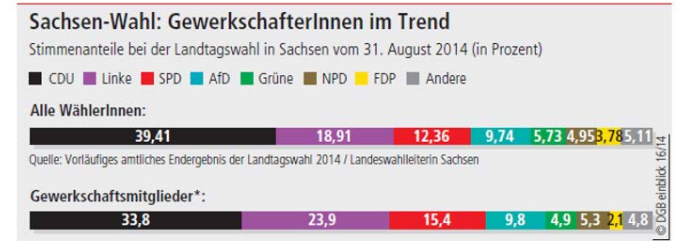
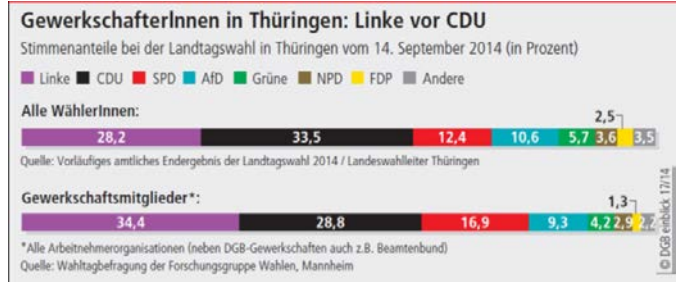
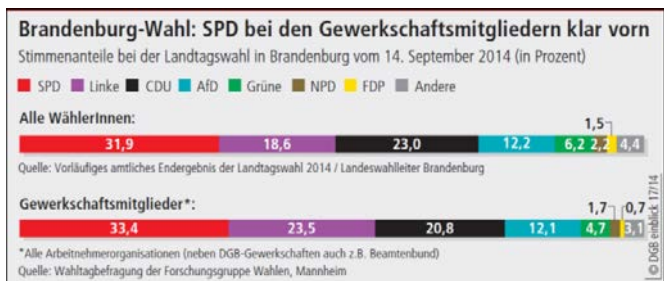


Quelle: Bundeswahlleiter

Bei diesen Wahlen fand die AfD auch Zuspruch bei Gewerkschaftsmitgliedern. Laut „einblick“ haben zum Beispiel in Brandenburg 12,1 Prozent der Gewerkschafter AfD gewählt und in Thüringen 9,3 Prozent, darunter besonders viele junge Männer.



Darstellung: Berliner Büro



Bei ihren Wahlerfolgen punktete die AfD mit Kompetenzzuweisung der Wählerinnen und Wähler bei den Themen soziale Gerechtigkeit, Kriminalitätsbekämpfung, Ausländer- und Familienpolitik und Finanzen. Sie profitierte außerdem von der geringen gewachsenen Parteibindung insbesondere in den neuen Bundesländern.

2. Programmatik

Programmatisch bewegte sich die AfD von Beginn an im Dreieck zwischen Eurokritik, Islamkritik und Einwanderungskritik auf starker nationaler Grundierung. Ungewöhnlich war und ist, dass die Partei nie ein Parteiprogramm sondern lediglich politische Leitlinien erarbeitet hat. Folgt man dem sachsen-anhaltinischen AfD-Vorsitzenden André Poggenburg, dann braucht die Partei kein schriftlich formuliertes Programm denn: „Die Stimme der Bürger ist unser Programm!“

Anhaltspunkte für die programmatische Orientierung der AfD finden sich in den verschiedenen Wahlprogrammen zu den Europa-, Bundes- und Landtagswahlen. Sie unterscheiden sich teilweise erheblich in Sprache und Inhalten. Zu beachten ist außerdem, dass die Wahlprogramme in aller Regel nicht so radikal formuliert sind wie die Reden führender AfD-Politiker.

Die „Politischen Leitlinien“ stammen aus dem Sommer 2014 und wurden in einem beteiligungsorientierten Prozess noch unter Leitung von Bernd Lucke erarbeitet. Sie stehen noch auf der Partei-Homepage und wurden nach der Spaltung nicht aktualisiert. Darin übt die AfD fundamentale Kritik „... am Versagen der politischen Führung in der Eurokrise und bei der Bewältigung politischer Probleme... insbesondere bei der Energie-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Einwanderungspolitik.“ In anderen Programmen überrascht die AfD mit Kritik an Niedriglöhnen und dem Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. Und sie lobt das duale Ausbildungssystem. Sie fordert ein einfaches Steuermodell à la Paul Kirchhoff und Bürokratieabbau. Einen Mindestlohn hatte die AfD in ihrem Europawahlprogramm abgelehnt. Mitbestimmung und Tarifautonomie spielen für sie keine Rolle. Dafür hat sie in jüngerer Zeit immer wieder Kritik an intransparenten und demokratiefeindlichen TTIP geäußert.

Ganz anders als die Leitlinien und diese Positionen klingt die Partei in der „Erfurter Erklärung“ aus dem März 2015. Sie beschreibt wofür die AfD heute steht und wurde von den beiden ostdeutschen Landesvorsitzenden Björn Höcke (Thüringen) und André Poggenburg initiiert. Beide sind Protagonisten des rechten Parteiflügels. Laut der Erklärung, die vor dem Hintergrund der erstarken Pegida-Demonstrationen Anfang 2015 zu lesen ist, sieht sich die AfD als Bewegung des Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit...) und als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“. Die AfD sei eine „... Partei, die den Mut zur Wahrheit und zum wirklich freien Wort besitzt“.

Auf Kritik an ihrer Rechtslastigkeit haben AfD-Funktionäre immer wieder mit scharfen Angriffen auf Kritiker (auch in den Gewerkschaften) und Medien reagiert. Beide werden als „Sprachpolizei“ bezeichnet, die alles dem Leitbild der „politischen Korrektheit“ unterordne. Besonders Letztere wird im AfD-Jargon zu einem zentralen Feindbild hochstilisiert. Damit schließt die AfD unmittelbar an Argumentationsmuster der „neuen Rechten“ an.

Dass die zwanghafte „politische Korrektheit“ die Meinungsfreiheit bedrohe und bevorzugt gegen Rechte eingesetzt werde, ist ein seit den frühen 1990er Jahren gerne von der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit in Deutschland verbreiteter Mythos. Den angeblichen „Wächtern der Political Correctness“ wirft die neue Rechte immer wieder vor, dass sie gerade die Themen tabuisieren würden, die „das Volk“ besonders umtreiben, und Denkverbote „mitten in unseren Gehirnen einrichten möchten“.

Hinsichtlich der Terminologie war die Partei niemals zurückhaltend, auch nicht der vermeintlich gemäßigte Flügel. So sprach schon Parteigründer Bernd Lucke immer wieder über „Entartungen“ der Demokratie. Und auch der ehemalige Parteisprecher Konrad Adam, langjähriger Redakteur der FAZ, benutzte wiederholt ein an die NS-Rhetorik erinnerndes Vokabular: „Die Antifa lebt vom Dritten Reich wie die Fliege vom Kot; ohne diese Nahrung müssten ihre Mitglieder verhungern.“

3. Spaltung und Radikalisierung

Im Juli 2015 schien die AfD Geschichte zu sein. Nach langwierigen Auseinandersetzungen zwischen den Protagonisten Alexander Gauland und Frauke Petry auf der einen sowie Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel auf der anderen Seite ist es im Juli 2015 zur Spaltung der Partei und massenhaften Parteiaustritten - rund 4.000 der damals 22.000 Mitglieder - gekommen.

Es schien sich also ein hinlänglich bekanntes Szenario zu wiederholen: Wieder einmal erfreute sich eine rechte Partei, die mit Wutreden, Ressentiments und Verschwörungstheorien im Gepäck die politische Bühne erobern wollte und dabei auch einigen Erfolg hatte, nur einer sehr begrenzten Lebensdauer. Mit dem Austritt von Bernd Lucke und seinen Anhängern, die die Radikalisierung, die sie auch befeuert hatten, nicht mehr in den Griff bekamen, schien ein weiteres rechtes Projekt Geschichte zu sein. Doch die Partei machte nach dem chaotischen und von offener Feindseligkeit bestimmten Essener Parteitag im Juli 2015 weiter. Frauke Petry als Gewinnerin des Machtkampfes gegen Bernd Lucke blieb Co-Vorsitzende, zusammen mit Jörg Meuthen. Er ist der Letzte aus der „professoralen Führungsriege“ und der Spitzenkandidat in Baden-Württemberg.

Auf der Bundesebene dominieren gegenwärtig aber v. a. Alexander Gauland und Björn Höcke das Erscheinungsbild der AfD. Beide kommen übrigens aus der alten Bundesrepublik. Höcke hat sich als besonders radikaler Scharfmacher der Partei

etabliert und dafür gesorgt, dass Pegida in Thüringen keinen Fuß auf den Boden bekommt. Woche für Woche kommen in Erfurt Tausende Menschen in teilweise sehr aggressiver Stimmung zusammen, um Höcke zu hören. Genauso abstoßend wie Höckes völkische Anspielungen ist die Tonlage, in der er seine Entgleisungen vorbringt. Seine Reden erinnern Beobachter „an Weimar in der Endphase: „3000 Jahre Europa, 1000 Jahre Deutschland“ werde er sich nicht nehmen lassen. Höckes Rhetorik richtet sich pauschal gegen „die Fremden“ - und nicht nur die, die neu sind, sondern auch gegen die, die schon lange in Deutschland leben. Er spricht nicht von 80 sondern "62 Millionen Deutschen". Diejenigen mit Migrationshintergrund zählen für ihn nicht. Bei seinen Auftritten liefert Höcke dem Publikum ein deutschümelndes, islamophobes, systemfeindliches Gemeinschaftserlebnis und spielt mit den Ängsten der Menschen, die er vor einem „Hunneneinfall und Mongolenstürmen“ warnt.

Bis zur Spaltung der Partei galt Frauke Petry als rechte Partei-Radikale, die Bernd Lucke und seine Anhänger aus der Partei drängen wollte. Heute ist sie eher in der Lucke-Position und muss sich den radikaleren Kräften in der Partei erwehren. Seit Petry Vorsitzende ist, bemüht sie sich öffentlich um Zurückhaltung und darum, die Brücken ins bürgerliche Milieu nicht abubrechen. Petry deeskaliert, Höcke radikalisiert – so stellt sich die Arbeitsteilung an der Spitze dar. Der politisch-inhaltliche und parteistrategische Unterschied zwischen beiden ist nicht so offensichtlich und so tief wie er zwischen Lucke und Petry war, auch wenn Höcke den Vorstand mit viel Energie vor sich her immer weiter in die rechte Ecke treibt.

Petry will einen neuen Machtkampf allem Anschein nach vermeiden. Sie meidet gemeinsame Auftritte mit Höcke. An einer offenen Auseinandersetzung mit dem neuen Idol der Parteirechten hat sie offensichtlich kein Interesse. Zwar hat sie in einer gemeinsamen E-Mail von sich und ihrem Co-Vorsitzenden Meuthen an die Basis betont, dass Höcke nicht für die Parteispitze spreche. Doch Kritik an Höckes Ausbrüchen redet Petry als „Meinungsunterschiede in Stilfragen“ klein. So versucht sie, den beginnenden Machtkampf wegzumoderieren. Petry lässt Höcke und Gauland gewähren, alles scheint in der aktuellen Situation erlaubt. Denn Höcke ist bei weitem nicht der einsame Radikale in einer ansonsten vernünftiger werdenden AfD. Das belegt z. B. folgende Kostprobe des NRW-Landesvorsitzenden und Lebensgefährten von Frauke Petry, Markus Pretzell, der in der Flüchtlingsdebatte sagte: „Die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als ultima ratio ist eine

Selbstverständlichkeit.“ Offensichtlich hat also nicht nur die Basis die Parteispitze rechts überholt. Höcke, Gauland und Pretzell sind wie der weniger bundesweit in Erscheinung tretende Poggenburg eher „... Symptomträger einer neuen Radikalisierung, die in der Luft liegt“. Höcke zu bekämpfen ist für Petry also mindestens genauso riskant, wie ihn ungebremst weitermachen zu lassen. Dass es in der Partei weiterhin unterschiedliche Richtungen gibt, belegt übrigens auch die Tatsache, dass drei Mitglieder die thüringische Fraktion aus Protest gegen Höckes Kurs verlassen haben.

Seit der Spaltung vollzieht die AfD endgültig eine programmatische Kursänderung. Zwar begrüßte Markus Pretzell die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Essener Parteitages mit den Worten: Wir sind Pegida-Partei! Und natürlich waren bestimmte menschen- und demokratiefeindliche Positionen in der Partei von der Gründung an vertreten. Doch die AfD entwickelt sich immer weiter von einer national-(ordo)liberalen zu einer völkisch-nationalistischen Partei rechtspopulistischen Formats. Im Zentrum ihrer Argumentation stehen nicht mehr EU-kritische Themen, sondern eine fremdenfeindliche und deutschümelnde Programmatik. Fast folgerichtig sagten nach dem Politbarometer vom 27. November 2015 56 Prozent der AfD-Anhänger (57 Prozent der Befragten insgesamt) die Partei sei rechts. Im Mai 2015 waren es noch 33 Prozent.

4. Flüchtlingskrise / Terroranschläge

Mit einer Kampagne „Herbstoffensive 2015“, zu der z. B. Demonstrationen und „Bürgeranhörungen“ gehören, hat die Partei seit September versucht, die „Flüchtlingskrise“ für sich zu nutzen - und das mit einigem Erfolg. Nach eigenen Angaben wächst die AfD inzwischen wieder. Aktuell werden 18.500 Mitglieder genannt und eine Vielzahl von Aufnahmeanträgen sei in Prüfung und trotz aller Verunglimpfungen sei der Andrang so groß, dass man mit den Prüfungen gar nicht mehr hinterherkäme - so der Co-Vorsitzende Meuthen Ende November.

Die AfD profitiert also mittelbar von Menschen, deren Anwesenheit sie am liebsten mit allen Mitteln bis hin zum Einsatz von Schusswaffen (so auch eine Forderung von Brandenburgs AfD-Chef Gauland) verhindern will. Nüchtern hält er fest: „Die Leute haben Angst um Deutschland. Das treibt sie zu uns.“ Auf der AfD-Demonstration gegen Flüchtlinge am 7. November 2015 in Berlin warnte Gauland in seiner Ansprache vor einer Völkerwanderung nach Deutschland, die mit dem Untergang des Römischen Reiches vergleichbar sei,

„als die Barbaren den Limes überrannten“. Die AfD werde angesichts der unkontrollierten Zuwanderung „kein freundliches Gesicht mehr zeigen“ kündigte er außerdem an und warf den deutschen Medien „Pro-Asyl-Reklame“ vor.

Doch Gauland weiß auch, dass die Partei ihren Aufschwung nicht selbst bewirkt hat. Sie profitiert davon, dass sie als einzige Partei ohne Hemmung und mit kompromissloser Abwehr auf die Flüchtlingskrise reagiert. Noch deutlicher sagte das Björn Höcke bei einer Rede in München: „Wir wollen unsere Identität nicht hergeben. Wir wollen diese Menschen gar nicht integrieren. Diese Menschen sind keine Bereicherung, sondern eine Belastung. Die Auswirkungen werden schnell für jeden Einzelnen spürbar werden.“

Drei Tage nach den Pariser Anschlägen vom 13. November veröffentlichte die AfD ein neues Positionspapier, in dem sie sechs Forderungen zur Flüchtlingspolitik und zur inneren Sicherheit aufstellt. Darin schürt die Partei wieder einmal Ängste vor Anschlägen in Deutschland – Zitat: „Bereits ein einziger Migrant mit Terrorpotenzial aus 100.000 Asylbewerbern reicht aus, um vielen Menschen in Deutschland Schaden zuzufügen.“

Besonders perfide ist, dass die AfD damit der Bundesregierung offen eine Mitschuld an der tödlichen Anschlagsserie von Paris gibt. Denn es heißt weiter: „Die Anschläge von Paris stehen aller Wahrscheinlichkeit nach in direktem Zusammenhang mit der verantwortungslosen Chaos-Asylpolitik der Europäischen Union und Berlins.“ So könne der "Islamische Staat" „... die durch falsche Anreizpolitik von Frau Merkel angeschwollene Migrantenfut aus den arabischen Ländern gezielt ... aus(nutzen), um verstärkt Terroristen und Selbstmordattentäter nach Deutschland zu schleusen.“ Damit stellt die AfD alle „Asylbewerber aus arabischen Ländern“ unter Generalverdacht und verlangt, sie alle „nachrichtendienstlich und polizeilich zu kontrollieren“.

Die Kommentierung des Papiers durch Parteivize Gauland weist die üblichen Muster der AfD-Argumentation auf: „Wir lassen uns von den Altparteien nicht vorschreiben, in welchem Tenor diese Debatte geführt wird... Wenn die Anschläge eines gezeigt haben, dann, dass alle Bemühungen, muslimische Problem-Flüchtlinge zu integrieren, gescheitert sind.“ Wenig überraschend ist, dass auch Höcke sich meldet. Er verlangt von der Bundeskanzlerin „Taten statt Worte“ und droht: sie „muss... legal im politischen Orkus entsorgt werden oder in einer Zwangsjacke abgeführt werden“,

wenn sie keinen Kurswechsel in der Asylpolitik vollziehe.

Das Positionspapier unterstreicht übrigens wieder einmal die Nähe der AfD zu den Parolen von Pegida, deren Antworten auf Paris nahezu identisch sind: Grenzen schließen, Eingewanderte aufspüren, erkennungsdienstlich behandeln, "dafür sorgen, dass sie unter Kontrolle sind".

5. Parteitag Hannover

Die Flüchtlingskrise stand auch auf dem Parteitag am 28. und 29. November 2015 im Mittelpunkt, zu dem rund 600 Delegierte in Hannover zusammengekommen waren. Eine zuvor in Kassel angemeldete Halle war der Partei gekündigt worden. Hannover war der erste Delegiertenparteitag der AfD, er stand unter dem Motto „Mut. Wahrheit. Deutschland“. Verglichen mit den vorherigen Parteitagen lief er professionell und geschäftsmäßig ab.

Offensichtlich ging es der Parteispitze darum, ein Signal der Geschlossenheit und Arbeitsfähigkeit auszusenden. Auch sind die Beschlüsse weniger radikal als die Forderungen, die auf den Demonstrationen insbesondere vom rechten Flügel immer wieder erhoben werden. Am Kurs der AfD kann es aber trotz der „ruhigeren“ Tage von Hannover keinen Zweifel geben. Mehr Geschäftsmäßigkeit darf auf keinen Fall mit einem Weniger an internem Konfliktpotential und politischer Radikalität verwechselt werden.

Die Co-Parteivorsitzende Frauke Petry übte in ihrer Rede massive Kritik an Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Die Eurokrise, die Krise der EU und die Migrationskrise seien Folgen einer viel tiefergehenden Krise der Demokratie. Petry kritisierte wieder den Kontrollverlust der Politik, für den insbesondere die Bundeskanzlerin verantwortlich sei. Folgerichtig sagte sie an die Bundeskanzlerin gerichtet: „Treten Sie zurück, Sie schaffen das“. Und Petry erneuerte die Einschätzung, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Flüchtlingskrise und dem Terrorismus gebe. Beobachter werten das als Zugeständnis an den rechten Parteiflügel. An die eigene Partei formulierte sie schließlich noch die Erwartung, dass sie nicht immer „nein“ sagen dürfe sondern sich auch konstruktiv einmischen müsse.

Der Co-Vorsitzende Jörg Meuthen bemühte sich in seiner Rede, die „Normalität“ der AfD herauszustellen. Die Partei sei nicht rechts, sie stünde allenfalls „... für einen guten und weltoffenen Patriotismus“. Er räumte ein, dass die Partei noch jung sei und Fehler mache, den Rechtsruck nannte er

in diesem Kontext allerdings nicht. Wie auch Petry sprach Meuthen von 20 Prozent Wählerpotential bei der nächsten Bundestagswahl.

Doch auch wenn in Hannover die Regie besser funktionierte als auf allen vorherigen AfD-Parteitag, lief für den Vorstand nicht alles nach Plan. In der Debatte über das Flüchtlingsthema brachte die Basis der Parteiführung eine Niederlage bei. Der Antrag des Vorstandes fiel durch, stattdessen wurde ein weitergehender aus Nordrhein-Westfalen angenommen, in dem massive Einschränkungen des Asylrechts gefordert wurden. Der Sinn des Asylrechtes wird verkehrt, wenn verlangt wird, dass das deutsche Asylrecht der „Sicherheit des Staates und seiner Bevölkerung untergeordnet“ werden müsse. Da wirkt der Ruf nach Obergrenzen bei der Aufnahme von Flüchtlingen und einer Abschaffung des Familiennachzugs schon fast weniger problematisch. Weiter will die AfD erreichen, dass alle Flüchtlinge, die Deutschland auf dem Landweg erreichen und somit über sichere Herkunftsländer einreisen, in Zukunft abgelehnt werden. Damit wäre in der aktuellen Situation ein nahezu vollständiger Aufnahmestopp erreicht. Schließlich fordern die Delegierten eine konsequentere Inhaftierung von abgelehnten Asylbewerbern. Und der Staat wird aufgefordert, die nationale Identität besser zu schützen. Er müsse „wehrhaft und kraftvoll“ dem Entstehen von Gegen- und Parallelgesellschaften entgegenreten.

Das Thema Euro hat auf dem Parteitag übrigens kaum noch eine Rolle gespielt, auch wenn eine breite Mehrheit für sofortige Abschaffung des Euro plädierte. Die AfD hat mit Ausnahme von Jörg Meuthen keine Wirtschaftskompetenz mehr und ist nach den Eindrücken von Hannover weiter auf dem Weg zu einer Ein-Thema-Partei.

Weiterhin war das Thema Führungsstruktur Gegenstand der Beratungen der AfD. Hier folgten die Delegierten dem Vorstand und beschlossen, dass es für die Führung der Partei weiterhin eine Doppel- oder Dreierspitze geben solle.

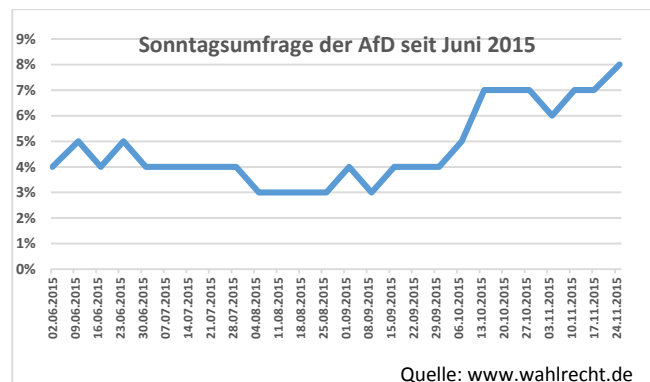
Björn Höcke ist übrigens auf dem Parteitag nur am Rande mit seinen Interviews in Erscheinung getreten. Da er kein Delegierter war und auch nicht dem Bundesvorstand angehört, hatte er kein Rede-recht.

Vorstandswahlen standen nicht an.

6. Zusammenfassung und Ausblick

In allen aktuellen Umfragen bezeichnen die Menschen in Deutschland das Flüchtlingsthema mit

weitem Abstand als das am drängendsten zu lösende Problem. Die AfD profitiert davon weiter. In der Sonntagsfrage für den Bund liegt sie aktuell zwischen sieben und 10,5 Prozent, in einigen Umfragen ist sie die drittstärkste politische Kraft bundesweit. Andere Zahlen von Anfang November besagen, dass die AfD in den neuen Ländern mit 14 Prozent der Wählerstimmen rechnen dürfe und sogar mit den Stimmen von 18 Prozent der dort lebenden Männer. In Sachsen erzielt die AfD gegenwärtig 13 Prozent und liegt damit gleichauf mit der SPD.



Auch wenn solche Zahlen nur einen Ausschnitt darstellen, scheint sich der im Spätsommer begonnene Aufstieg der AfD fortzusetzen. Das spiegelt sich auch in den Prognosen für die drei im März 2016 anstehenden Landtagswahlen wider.

In Baden-Württemberg wäre die AfD mit 6 Prozent im Landtag vertreten. Baden-Württemberg ist für die AfD eine Schlüsselwahl, denn mit dem Sprung in den Landtag eines westdeutschen Flächenstaats kann sie die Weichen für die Bundestagswahlen 2017 stellen. Der Landesvorsitzende Meuthen will ohne seine ostdeutschen Parteifreunde, dafür aber mit „Maß und Mitte, nicht mit Verbalradikalismus“ gewinnen.

In Sachsen-Anhalt liegt die Partei in den Prognosen zwischen fünf und neun Prozent. Das dortige Wahlprogramm ist eine Art Gegenentwurf zu Meuthens Politikansatz. Und in Rheinland-Pfalz schließlich liegt die AfD nach jüngsten Umfragen bei sieben Prozent. Sie kann also mit Erfolgen in allen drei Ländern rechnen.

Ob die AfD sich dauerhaft etablieren und ob sie sogar bis in die Mitte der deutschen Gesellschaft Fuß fassen kann, hängt einerseits von der AfD selbst und ihrer Radikalität ab. Sie wäre nicht die erste Partei, die es gleich mit dem ganzen "verkommenen System" aufnehmen wollte, um dann an ihrem Größenwahn, Extremismus und Fundamentalismus zu scheitern.

Das setzt aber andererseits voraus, dass die demokratischen Parteien zunächst einmal der Versuchung widerstehen, der AfD und dort den besonders Radikalen nach dem Mund zu reden und ihren Forderungen nachzugeben.

Wer AfD wählt oder zu Veranstaltungen der AfD geht weiß sehr genau, wen er wählt oder zu wem er da geht. Zu offensichtlich ist die Entwicklung seit der Parteispaltung im Juli 2015. Die AfD ist eben nicht die harmlos-konservative Alternative zur Merkel-Union. Sie lebt und betreibt ihren Rechtspopulismus nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Parlamenten, in denen sie heute vertreten ist, allen voran in Thüringen. Und Beobachter rechnen auch in Sachsen-Anhalt mit ei-

nem „... Politikstil, der über eine betont konservative Ansprache von Werten wie Heimat, Familie etc. weit hinausgeht.“

Gesellschaftliche Probleme zu lösen, ist auch ein Gegenmittel gegen den rechten Populismus der AfD. Der Rechtsradikalismus und die AfD werden sich nicht von selbst erledigen, nicht in näherer Zukunft. Auch wenn 61 Prozent der Befragten im Politbarometer vom 27. November 2015 sagten, dass sie nicht mit einer dauerhaften Existenz der AfD rechnen.

Weiterführende Informationen:

Wahlprogramme 2013 bis 2015 (abrufbar über die Homepages der Landesverbände)

Politische Leitlinien 2014:

<http://www.alternativefuer.de/partei/mitgliederbeteiligung/politische-leitlinien/>

Erfurter Erklärung 2015:

<http://derfluegel.de/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/>

Thesenpapier Flüchtlinge Herbstoffensive 2015:

<https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/forderungen>

Hinweis

Die Zitate von AfD-Politikern stammen aus Zeitungsartikeln.

Unter folgenden Links sind die hier verwendeten zu finden:

<http://www.zeit.de/politik/2015-11/afd-demonstration-berlin-asyl-fluechtlinge-merkel>

<http://www.zeit.de/2015/44/afd-bjoern-hoecke-radikalisierung>

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/afd-rechtsradikal-gabriel>

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/afd-bjoern-hoecke-kein-nazi-jauch>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/berlin-wie-petry-versucht-die-guenstige-stimmung-fuer-die-afd-zu-nutzen-1.2727031>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-im-aufschwung-pegidas-partei-1.2683289>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-demo-in-erfurt-menschen-demonstrieren-gegen-asylpolitik-1.2682784>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paris-anschlag-aufstand-der-angsthasen-kommentar-a-1062985.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-kommentar-die-provokationen-der-rechten-a-1061732.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-parteispitze-distanziert-von-von-bjoern-hoecke-a-1059015.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-in-der-fluechtlingskrise-der-angstmacher-von-erfurt-a-1056367.html>

<http://www.faz.net/aktuell/politik/thema/afd>

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrage-afd-erstmal-drittstaerkste-politische-kraft/12599870.html>

Parteitag 2015 in Hannover:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/parteitag-der-afd-frauke-petry-fordert-angela-merkels-ruecktritt-1.2759013>

<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-afd-parteitag-endet-mit-debatte-zur-syrien-krise-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151129-99-00489>

<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-afd-parteitag-debattiert-ueber-fluechtlingskrise-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151128-99-00122>

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-parteitag-petry-gewinnt-mit-60-prozent-gegen-lu-cke/12011108.html>

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundesparteitag-in-hannover-die-afd-trotzt-dem-terror/12634332.html>

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/alternative-fuer-deutschland-afd-basis-schmettert-petrys-asyl-konzept-ab/12652484.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-frauke-petry-und-joerg-meuthen-bleiben-doppelspitze-a-1065106.html#>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-frauke-petry-sieht-potential-fuer-20-prozent-a-1065061.html>